

Protokoll

über die 25. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Wedel am Montag dem 09.11.2015, im Sitzungsraum Caudry des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr Ende: 21:25 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener Herr Christian Fuchs Frau Heidemargret Garling

Herr Peter Kramer Herr Michael Schernikau

WSI:

Herr Dr. Stephan Bakan Herr Andreas Schnieber

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Herr Thomas Grabau Frau Gudrun Jungblut

SPD-Fraktion:

Frau Sophia Jacobs-Emeis Herr Wolfgang Rüdiger

FDP-Fraktion:

Frau Renate Koschorrek

Fraktion DIE LINKE:

Herr Dr. Detlef Murphy

Seniorenbeirat:

Frau Dr. Sigrun Klug

Jugendbeirat:

Herr Christian Koch

Umweltbeirat:

Herr Maximilian Bruch vom

1. stellv. Bürgermeister i.V.f.Herrn Michael C.Kissig

Ausschussvorsitzender 2. stellv. Bürgermeister

i.V.f.Herrn Olaf Wuttke i.V.f.Frau Getrud Borgmeyer

Fraktionsvorsitzende

i.V.f.Herrm Waldemar Herrmann

Fraktionsvorsitzender

Verwaltung:

Herr Jörg Amelung Herr Nikita Becker Herr Rolf Jagemann Herr Klaus Lieberknecht

Herr Jörg Raabe Personalrat

Frau Anja Rose

Herr Niels Schmidt Bürgermeister

Herr Volkmar Scholz Herr Ralf Waßmann

Frau Martina Weisser Schriftführerin

Herr Jens Zwicker

Es fehlte entschuldigt:

CDU-Fraktion:

Herr Michael C. Kissig Fraktionsvorsitzender

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gertrud Borgmeyer

Herr Olaf Wuttke Fraktionsvorsitzender

FDP-Fraktion:

Herr Waldemar Herrmann

Es waren außerdem 4 Zuhörer und 1 Vertreter des Wedel-Schulauer Tageblatts anwesend.

Um 19.00 Uhr begrüßt der Vorsitzende Herr Dr. Bakan alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Herr Dr. Bakan gibt bekannt, dass Herr Kissig krankheitsbedingt heute nicht anwesend ist, aber Änderungen zum Protokoll vortragen möchte. Im Namen von Herrn Kissig bittet er daher um Vertagung der TOPs Protokollgenehmigung im öffentlichen als auch im nichtöffentlichen Teil. Hiergegen werden keine Einwände erhoben. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Der Ausschuss beschließt sodann einstimmig, die TOP neu 10 bis neu 12 unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten. Frau Dr. Klug kann, da der TOP seniorenrelevant ist, zu TOP neu 10 - Vertragsabschluss und Leistungsvereinbarung mit dem DRK - anwesend sein.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erheben die Anwesenden sich zu einer Gedenkminute für das am 26.10. verstorbene Seniorenbeiratsmitglied Herrn Karl-Heinz Camien, der die Belange des Seniorenbeirates im Haupt- und Finanzausschuss vertreten hatte. Anschließend wird die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten:

- 1.) Einwohnerfragestunde
- 2.) Anhörung der Beiräte
- 3.) Schriftliche Anfragen
- 4.) Ausbau der Einmündung Industriestraße und Rissener Straße/Wedeler Landstraße (B431);

hier: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit Hamburg

Vorlage: BV/2015/104

5.) Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel;

hier: Umbauarbeiten Stadtteilzentrum

Vorlage: BV/2015/120

6.) 1. Nachtragshaushaltssatzung 2015

Vorlage: BV/2015/125

7.) Stellenplan der Stadt Wedel für das Haushaltsjahr 2016

- Zentral verteilt -Vorlage: BV/2015/122

8.) Haushaltssatzung 2016

- Zentral verteilt -

Vorlage: BV/2015/108

- 9.) Mitteilungen und Anfragen
 - 9.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 9.2 Personalbericht der Stadt Wedel 2015

Vorlage: MV/2015/095

9.3 Interne Leistungsverrechnung

Vorlage: MV/2015/097

9.4 9. Bericht zur Revitalisierung des BusinessPark Elbufer

Vorlage: MV/2015/085

9.5 Anfragen

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

10.) Begegnungsstätte des DRK-Ortsvereins Wedel e.V.

Vorlage: BV/2015/124

- 11.) BusinessParkl Elbufer
 - 11.1 Informationen des Unternehmens BNP Paribas zum Gewerbeimmobiliengeschäft
 - 11.2 BusinessPark Elbufer Marketingmaßnahmen

Vorlage: BV/2015/105

12.) Mitteilungen und Anfragen

12.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

12.2 Mitteilungen und Anfragen öffentlich

13.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

1.) Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Fragestellerinnen oder Fragesteller.

2.) Anhörung der Beiräte

Es gibt keine beiratsrelevanten Informationen. Frau Dr. Klug kündigt an, dass sie zum TOP Stellenplan etwas sagen möchte und Herr Koch informiert kurz, dass der Jugendbeirat sich im Umwelt-,Bau- und Feuerwehrausschuss für den Erhalt der Fahrradboxen am Bahnhof ausgesprochen hatte.

3.) Schriftliche Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

4.) Ausbau der Einmündung Industriestraße und Rissener Straße/Wedeler Landstraße (B431);

hier: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit Hamburg Vorlage: BV/2015/104

vortage: 64/2015/104

Nachdem Herr Lieberknecht auf Nachfrage kurz dargestellt hat, dass der Bau eines Kreisverkehrs aufgrund der räumlichen Verhältnisse vor Ort nicht möglich ist, beschließt der Ausschuss einstimmig, dem Rat zu empfehlen:

Beschluss

Der Rat beschließt, für den Ausbau der Einmündung Industriestraße und Rissener Straße/ Wedeler Landstraße (B 431) auf Hamburger Gebiet eine öffentlichrechtliche Verwaltungsvereinbarung mit der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg, abzuschließen.

5.) Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel;

hier: Umbauarbeiten Stadtteilzentrum

Vorlage: BV/2015/120

Herr Zwicker erläutert kurz die Beschlussvorlage. Herr Schmidt und er bestätigen auf Nachfrage von Herrn Schnieber, dass mit Beschluss über die heute vorliegende Beschlussvorlage die im Ergebnishaushalt ausgewiesenen 48.000 EUR nicht mehr benötigt und nicht mehr ausgegeben werden sollen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Rat zu empfehlen:

Beschluss

Der Rat beschließt, für den Umbau eines Innenhofes des Stadtteilzentrums zu einem Büroraum außerplanmäßige Mittel in Höhe von 48.000,- € bereitzustellen.

Die Deckung erfolgt durch Minderauszahlungen bei der Tilgung von Krediten im Budget 6120-01001.

6.) 1. Nachtragshaushaltssatzung 2015 Vorlage: BV/2015/125

Der Bürgermeister führt in den Sachverhalt ein. Er betont, Nachtragshaushalt notwendige Konsequenz aus dem Ratsbeschluss ist, die Unterkunft am Steinberg selber zu errichten. Der Innenminister hat bereits eine schnelle Genehmigung signalisiert, damit mit dem Bau so schnell wie möglich begonnen werden kann.

Koschorrek für FDP-Fraktion Frau die erklärt ihre Zustimmung Nachtragshaushalt, obwohl die FDP die Errichtung der Wohnunterkunft lieber durch einen Investor gewollt hätte. Der Verkauf des Grundstückes hätte Einnahmen in die leere Stadtkasse gespült, der Neubau würde außerdem schneller umgesetzt werden.

Herr Kramer für die CDU-Fraktion kündigt an, dass die CDU nicht zustimmen wird. Die CDU ist gänzlich gegen den Bau in Eigenregie.

Frau Jacobs-Emeis für die SPD-Fraktion erklärt für die SPD auch Zustimmung, da die Möglichkeit einer späteren Eigennutzung des Gebäudes erhalten bleibt.

Der Ausschuss beschließt sodann mit 7:5:1 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Rat beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2015.

7.) Stellenplan der Stadt Wedel für das Haushaltsjahr 2016

- Zentral verteilt -

Vorlage: BV/2015/122

Vor Eintritt in die Beratung zu diesem TOP bittet Herr Schmidt, die Stelle 1.502.03 -Verwaltung der Notunterkünfte - durch eine Anhebung um 0,5 auf 1,0 - befristet bis 2017 - zu verändern.

Die Ausschussmitglieder gehen den Stellenplan seitenweise durch.

Seite 2

Die WSI stellt den folgenden Antrag:

Antrag

Alle Höhergruppierungen für Beamte erfolgen frühestens zur Jahresmitte 2016.

Der Bürgermeister merkt an, dass die Politik hierzu eigentlich nicht mitbestimmen kann. Dennoch nimmt er das Signal mit und wird entsprechend handeln.

Herr Raabe als Vorsitzender des Personalrates zeigt auf, dass die von der WSI beantragte Umsetzung einer späteren Höhergruppierung eine Ungleichbehandlung gegenüber den Angestellten bedeuten würde.

Herr Dr. Bakan erwidert, dass der WSI dieses bewusst ist, aber die Haushaltslage derartige Maßnahmen fordert.

Der Ausschuss beschließt nach kurzer weiterer Diskussion über den Antrag der WSI mit 2:11:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Antrag wird abgelehnt.

In der weiteren Beratung beantwortet Frau Rose Fragen zum Stellenplan und Herr Waßmann informiert darüber, dass verwaltungsseitig gerade eine Prüfung erfolgt, inwieweit bei Ausbau der Sprachangebote an der VHS der Bund die Kosten übernehmen würde. Eine entsprechende Vorlage wird die Verwaltung vorlegen.

Frau Jacobs-Emeis stellt zur Stelle 1-504.01 den folgenden Antrag:

Antrag

Die SPD beantragt die Streichung des KW-Vermerks der Stelle 1-502.01 - Seniorenbüro.

Die von Frau Jacobs-Emeis verlesene Begründung hierzu ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Es folgt eine längere Aussprache hierzu. In dieser stellt Frau Koschorrek fest, dass die Stelleninhaberin noch mindestens 7 Jahre im Dienst sein wird. Insofern ist es für sie unverständlich, weshalb der Seniorenbeirat fleißig Unterschriften zum Erhalt dieser Stelle fordert. Mindestens 7 Jahre wird sich doch gar nichts verändern. Sie bittet die Verwaltung um Aussagen, welche Art Angebote andere vergleichbare Kommunen für diesen Bereich vorhalten. Herr Degener als Vorsitzender des Ausschusses für Jugend und Soziales erklärt, dass die Stadt Wedel mit dem bestehenden Angebot die absolute Ausnahme landesweit ist.

Frau Dr. Klug als Vorsitzendes des Seniorenbeirates erklärt, dass dem Seniorenbeirat bewusst ist, dass die Stelleninhaberin noch ca. 7 Jahre ihren Dienst ausüben wird. Der Seniorenbeirat fragt sich aber, was passieren würde, wenn die Stelleninhaberin auf Dauer erkranken oder ausfallen würde. In diesem Fall würde bei einem positiven Beschluss zum KW-Vermerk einer halben Stelle auch nur noch eine halbe Nachbesetzung erfolgen. In dem Bewusstsein, dass der Anteil der älteren Bevölkerung massiv ansteigt - in Wedel beträgt der Anteil der Älteren bereits rund 1/3 - lehnt der Seniorenbeirat eine Halbierung der Stelle entschieden ab. Eine beeindruckende Anzahl an Unterschriften zum Erhalt der Vollzeitstelle liegt vor. Diese wird sie in den nächsten Tagen an den Bürgermeister übergeben. An die Politik appelliert sie, die demografische Entwicklung und die Auswirkungen auch auf Wedel vor Beschlussfassung zu bedenken. Sie beantragt:

Antrag

Der KW-Vermerk bei der Stelle 1.502.01 wird gestrichen.

Frau Jacob-Emeis verweist auf ihren Antrag und unterstützt die Aussagen von Frau Dr. Klug. Auch Frau Jungblut für die Grüne-Fraktion unterstützt die Aussagen des Seniorenbeirates und den Antrag der SPD-Fraktion. Herr Dr. Murphy zeigt kurz auf, dass die Stadt mit ihrer Bildungslandschaft und dem guten sozialen Netz wirbt. Der KW-Vermerk wäre ein deutlicher Eingriff in das soziale Netz. Wenn denn andererseits über Klimaschutzbeauftragte nachgedacht wird, sollte man auch Angebote im sozialen Bereich erhalten. Die Linke-Fraktion wird dem SPD-Antrag auch zustimmen. Herr Kramer erklärt, dass die CDU-Fraktion die Aussagen von Frau Koschorrek unterstützt und dem Antrag daher nicht zustimmen wird. Herr Dr. Bakan für die WSI-Fraktion versichert, dass Zustimmung zu einem KW-Vermerk in keinster Weise eine Missachtung der Arbeit der jetzigen Stelleninhaberin bedeutet. Wenn die Stelle irgendwann vakant wird, erwartet die WSI vor einer Entscheidung über eine Nachbesetzung ein Konzept der Verwaltung zum Aufgabenumfang bei einer halben Stelle. Sollten die Haushaltszahlen sich zukünftig positiv entwickeln, kann auch wieder neu über den Aufgabenumfang nachgedacht werden.

Nach weiterer Diskussion stellt der Vorsitzende fest, dass die Anträge von SPD und Seniorenbeirat identisch sind und daher über beide Anträge in einer Abstimmung beschlossen werden kann.

Der Ausschuss beschließt sodann mit 5:8:0Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Die Anträge der SPD und des Seniorenbeirates werden abgelehnt. Der KW-Vermerk bleibt bestehen.

Jetzt beschließt der Ausschuss über die vom Bürgermeister beantragte Anhebung der Stelle 1-502.03 auf eine 1,0-Stelle einstimmig:

Beschluss

Der Antrag wird angenommen. Anhebung um 0,5 auf 1,0 wird vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlen.

Die Beratung wird fortgesetzt. Frau Koschorrek merkt an, dass Vertretungen der Ganztagsschulen im BKS erklärt hatten, dass die Reinigung an beiden Schulen mehr schlecht als recht läuft. Sie bittet die Verwaltung um Erläuterung dazu, wie die Reinigungsqualität geprüft wird. Herr Zwicker erklärt, dass sowohl die Firmen Qualitätskontrollen durchführen als auch die Schulhausmeister. Es werden Mängelbücher geführt.

Herr Kramer merkt an, dass auf Seite 17 beim Klimaschutzbeauftragten eine Befristung fehlt. Die CDU möchte die Stelle zunächst auf 3 Jahre befristen. Herr Schmidt erwidert, dass das auch so gemeint war. Er bittet um entsprechende Ergänzung "Befristet auf 3 Jahre".

Herr Schnieber fragt bezogen auf die $\frac{1}{2}$ Beamtenstelle "Wirtschaftsförderung" auf Seite 26, ob es überhaupt rechtlich möglich ist, Beamtenstellen als $\frac{1}{2}$ Stellen auszuweisen. Frau Rose erklärt, dass Herr Schnieber mit seiner Frage grundsätzlich Recht hat. Man kann Beamte nicht zwingen, auf $\frac{1}{2}$ Stellen zu arbeiten. Allerdings ist dieses rechtlich möglich, wenn es ausdrücklicher Wunsch und Wille der

Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers ist. Das ist hier der Fall. Herr Schnieber beantragt:

Antrag

Die Stelle ist in eine halbe Angestelltenstelle umzuwandeln.

Herr Schmidt schlägt vor, dann beides aufzunehmen, nämlich A 10 oder EG 9.

Herr Kramer für die CDU-Fraktion lehnt zum derzeitigen Zeitpunkt die Einrichtung einer solchen Stelle ab, solange kein konkreten Vorstellungen zur Vermarktung der Grundstücke BusinessPark vorliegen. Er beantragt:

Antrag

Die Stelle wird gestrichen.

Herr Amelung macht darauf aufmerksam, dass der Stelleninhaber bzw. die Stelleninhaberin keine Grundstücke vermarkten soll, sondern ihn und Herrn Baehr so unterstützen soll, dass beide ihrerseits sich mit der Vermarktung befassen können. Darauf erwidert Herr Grabau, dass dann die Einstufung nach A 10 zu hoch sei.

Herr Dr. Bakan stellt fest, dass die CDU den weitergehenden Antrag gestellt hat und über diesen zuerst abzustimmen ist.

Der Ausschuss beschließt über den Antrag von Herrn Kramer mit 5:8:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Antrag wird abgelehnt.

Jetzt beschließt der Ausschuss über den Antrag von Herrn Schnieber mit der Ergänzung durch Herrn Schmidt mit 8:0:5 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Antrag wird angenommen. Ausweisung der Stelle mit A 10/EG 9.

In der weiteren Aussprache zum Stellenplan erläutert Frau Rose die Situation am Markt hinsichtlich der inzwischen schwierigen Suche nach geeigneten Auszubildenden, was dazu geführt hat, dass die Stadt Wedel jetzt auch Langzeitpraktika anbietet.

Schließlich beschließt der Ausschuss mit den soeben beschlossenen Änderungen zum Stellenplan mit 8:0:5 Stimmen(ja/nein/Enthaltungen), dem Rat zu empfehlen:

Beschluss

Der Rat beschließt den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016 als Bestandteil des Haushaltsplans 2016.

8.) Haushaltssatzung 2016

- Zentral verteilt -Vorlage: BV/2015/108

Die Ausschussmitglieder behandeln die HFA-relevanten Bereiche im Haushaltsplanentwurf.

Seite 165 - Cateringunternehmen/ Bewirtung Gremien und Verwaltung -

Es wird die Frage gestellt, ob der Zuschuss ab 2016 nicht geringer ausfallen müsste, da ab dem nächsten Jahr heiße Getränke nicht mehr ausgegeben werden.

Herr Schmidt sagt Prüfung und Information zu.

Eine Frage zum Thema Löschwasser beantwortet Herr Scholz direkt.

Sodann beschließt der Ausschuss mit 7:0:6 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen), dem Rat zu empfehlen:

Beschluss

Der Rat beschließt die Haushaltssatzung 2016.

9.) Mitteilungen und Anfragen

9.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Es gibt keinen Bericht der Verwaltung.

9.2.) Personalbericht der Stadt Wedel 2015 Vorlage: MV/2015/095

Aus der Reihe der Ausschussmitglieder kommt die Anmerkung, dass die Tabelle auf Seite 12 des Berichtes aufgrund der viel zu kleinen Zahlen nicht leserlich sei.

Frau Jungblut fordert detaillierte Statistiken und Aussagen der Verwaltung zum Bewerbungsmanagementsystem und zu den Möglichkeiten und Grenzen interner und externer Nachbesetzungen.

Herr Amelung führt aus, dass mit dem Bewerbungsmanagementsystem keine statistischen Auswertungen möglich sind, sondern dass mit einem derartigen System die Einstufungstests online durchgeführt werden können. Auf die sonstigen detailliert aufgeführten Wünsche Frau Jungbluts zu statistischen Aussagen stellt Herr Amelung fest, dass eine derart tiefgehende Prüfung die gesamte Personalabteilung über Wochen beanspruchen würde. Frau Rose und Herr Amelung beantworten sodann die Fragen Frau Jungbluts soweit wie möglich.

Anschließend nimmt der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

9.3.) Interne Leistungsverrechnung

Der Ausschuss nimmt die MV zur Kenntnis.

Vorlage: MV/2015/097

9.4.) 9. Bericht zur Revitalisierung des BusinessPark Elbufer Vorlage: MV/2015/085

Die MV wird zur Kenntnis genommen.

9.5.) Anfragen

Haus Sonnenschein

Herr Fuchs fragt nach dem Sachstand.

Herr Schmidt antwortet, dass er auf eine Übergabe im Dezember hofft. Leider hatte die Stadt keinen Einfluss auf die Umbaumaßnahmen. Bis ins neue Jahr kommt die Stadt voraussichtlich mit den Unterbringungsmöglichkeiten aus.

KFW Darlehen für den Bau von Flüchtlingsunterkünften

Frau Koschorrek bezieht sich auf einen Zeitungsartikel. Danach hat Rellingen mit KFW-Mitteln eine Unterkunft gebaut. Ist das auch als Möglichkeit für die Stadt Wedel geprüft worden?

Herr Scholz antwortet, dass das der Fall ist. KFW-Darlehen gibt es aber nur für 10 Jahre zinslos, danach folgt ein hohes Zinsrisiko. Daher muss in jedem Einzelfall geprüft werden, ob es sich lohnt, ein KFW-Darlehen unter den Bedingungen aufzunehmen. Für Wedel rechnete sich das bisher nicht.

Veranstaltung der ALFA (Ableger der AFD) im TSV - Vereinslokal

Herr Dr. Murphy fragt, ob der Stadt bekannt sei, dass die ALFA als Ableger der AFD eine Veranstaltung im TSV-Vereinslokal abhalten wollte. Nachdem dem Verein bekannt geworden war, um was für eine Art Veranstaltung durch wen es sich handeln sollte, hat der TSV seine Zusage zurückgenommen. Das freut die Linke-Fraktion sehr.

Der Bürgermeister erklärt, dass ihm davon nichts bekannt geworden ist.

Unterschriftensammlung gegen den Bau einer Unterkunft in der Heinestraße

Frau Jacobs-Emeis teilt mit, dass in dem Bereich Heinestraße Unterschriftenlisten herumgehen, in die man sich eintragen kann, soweit man gegen die geplante Bebauung des Parkplatzes ist.

Zu den folgenden TOP 10-12 schließt der Vorsitzende die Öffentlichkeit aus. Frau Dr. Klug als Vertreterin des Seniorenbeirates bleibt zu TOP 10 im Sitzungsraum, da es sich bei TOP 10 um ein seniorenrelevantes Thema handelt.

13.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Herr Dr. Bakan unterrichtet die Öffentlichkeit wie folgt über den in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschluss:

Der Rat zu TOP neu 11.2 hat beschlossen,

die Verwaltung zu beauftragen, bei der Vermarktung der Gewerbefläche des

BusinessPark Elbufer auch große, international tätige Immobilienunternehmen einzubeziehen. Dabei sollen zunächst keine Exklusiverträge auf Provisions- oder Honorarbasis abgeschlossen werden. Stattdessen soll der Kontakt zu großen Immobilienvermittlern intensiviert und diese laufend über die Entwicklungen des BusinessPark Elbufer informiert werden.

Um 21.45 Uhr verabschiedet der Vorsitzende alle noch Anwesenden und schließt die Sitzung.

gez.: Dr. Stephan Bakan			
	Vorsitzender	Martina Weisser Schriftführer/in	
Datum der Unterschrift	25.11.15	25.11.15	